Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 3

Artikel: Die Krise des amerikanischen Liberalismus
Autor: Fölsche, Ludwig
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336570

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wird von einem terroristischen System, das alle Vorstellungen von Planwirtschaft kompromittiert. Um so wichtiger ist, die *Grundsätze demokratischer Planwirtschaft für eine Gemeinschaft freier Menschen auszuarbeiten,* die sich demokratische Sozialisten erträumen, und so diesen mißbrauchten und geschändeten Gedanken wieder zu rehabilitieren.

LUDWIG FÖLSCHE

Die Krise des amerikanischen Liberalismus

Neuyork, November 1950.

Senator Herbert *Lehman* (Neuyork), einer der führenden liberalen Politiker der Demokratischen Partei, stimmte kürzlich demjenigen Teil des McCarran-Kilgore-Gesetzes zu, der die Internierung von «aufrührerischen» Elementen in Kriegs- und Notstandszeiten vorsieht, einen Internierungsbeschluß ohne vorhergehende Gerichtsverhandlung und mit sehr beschränkten Berufungsmöglichkeiten. Diese (vom Kongreß mit großer Mehrheit angenommene) Maßnahme steht aber im Widerspruch zu den verfassungsmäßigen Grundrechten des amerikanischen Bürgers. Der Oberstaatsanwalt der USA entscheidet nunmehr, wer als staatsfeindlich, als «sabotage- oder spionage-*verdächtig*» zu betrachten ist und wer nicht. Das erinnert nur allzusehr an gefährliche Vorbilder . . .

Wenn ein Lehman, der von jeher die diktatorische Willkür des Faschismus bekämpft hat, heute einen flagranten Angriff auf das Prinzip des amerikanischen Rechtsstaates zuläßt und sogar begrüßt, so handelt es sich nicht etwa um eine individuelle Kapitulation, haben doch die andern liberalen Parlamentarier ungefähr das gleiche getan. (Das Beispiel Lehman greifen wir heraus, weil dieser liberale Bankier und ehemalige Staatsgouverneur auch in Europa wohl bekannt und einer der Prominenten der Ära Roosevelt ist.)

Es liegt also eine allgemeine Krise des amerikanischen Liberalismus vor, dessen Sprecher in gewichtiger Anzahl ihre Ideologie über Bord werfen und sich an der «antiroten» Hysterie der Reaktion beteiligen.

*

Als *liberal* bezeichnet man in Amerika diejenigen Elemente, welche die «linken» Flügel der beiden bürgerlichen Parteien bilden[1], sowie solche, die, ohne indes zur sozialistischen Bewegung zu gehören, eine unabhängige Stel-

[1] Unter den liberalen *Republikanern* war wohl der verstorbene Fiorello *Laguardia* am bekanntesten.

lung links von den Demokraten und Republikanern einnehmen. Die *Tradition* der amerikanischen Liberalen ist mit der Opposition gegen Polizeiwillkür, Intoleranz, Rassenhaß, Rechtlosigkeit auf privatem und öffentlichem Gebiet und vor allem seit Beginn der Roosevelt-Ära auch mit (begrenzten) sozialen Reformen («New Deal», «Fair Deal») verknüpft. Die letzteren entsprangen zur Zeit der Weltwirtschaftskrise (und danach) der Erkenntnis, daß nur gewisse Zugeständnisse an die Arbeiterklasse (Altersbeihilfe, Arbeitslosenunterstützung, Festsetzung eines Minimallohnes, Projekte zur Arbeitsbeschaffung und andere mehr), das heißt fühlbare Verbesserungen der sozialen Lage, eventuelle politische Ausbrüche der Massen verhindern konnten. Sie sollten eine Art «Ersatz» für den Sozialismus darstellen, zum «*Wohlfahrtsstaat*» (wie man heute in der Ära Truman sagt) leiten; führten aber in Wirklichkeit lediglich Sozialgesetze ein, wie sie nicht wenige europäische Länder schon seit geraumer Zeit kennen bzw. übertroffen haben.

Der amerikanische Liberalismus gründete sich im wesentlichen auf die Ansicht, ein freiheitlicher Rechtsstaat mit einer bezüglich sozialer Probleme genügend aufgeschlossenen Haltung sei ohne durchgreifende Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung imstande, alle Hindernisse zu überwinden, welche das Wohl des Landes bedrohen könnten[2]. Die Liberalen verkennen im 20. Jahrhundert offenbar Natur und Gesetzlichkeit des Monopolkapitalismus, der eine immer deutlichere Gefahr nicht nur für das sogenannte «freie Unternehmertum» des kleineren Kapitalisten, sondern auch für den bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat darstellt und diesen heute durch die sogenannte «autoritäre Demokratie (?)» des Polizeistaates zu ersetzen strebt. Sie glauben irrtümlicherweise, der monopolistische Spätkapitalismus könne reformiert, auf den «freien» Kapitalismus des 19. Jahrhunderts zurückgeschraubt oder gar «humanisiert» werden. Die Illusion über die Möglichkeit eines «fortschrittlichen Kapitalismus» ist ihr eigentliches Kredo.

An eine solche Möglichkeit glauben ist eines, die rauhe Wirklichkeit der heutigen Tendenzen des amerikanischen Kapitalismus und seiner Politik verspüren ein anderes. Zu der jetzigen reaktionären Welle beobachtet man besonders unter den Mittelstandsliberalen zwei Einstellungen, die man in zwei oft zu hörende Sätze zusammenfassen kann: «Wenn Roosevelt noch lebte, wäre es nicht so . . .» und «Truman tut, was er kann, um zu bremsen und zu

---

[2] Es ist nicht uninteressant, daß der moderne amerikanische Liberalismus mit seiner «Wohlfahrtsstaat»idee von manchen Konzeptionen des «klassischen» Liberalismus, vom bloßen «Nachtwächterstaat» abweicht, der sich vor den wirtschaftlich-sozialen Problemen unserer Epoche als allzu hilflos erwies. Die Altliberalen dieses Schlages sind in den USA bedeutend seltener geworden.

mildern; aber gegen die Reaktion kann er eben auch nicht allzuviel machen ...»

Für das Verständnis der politischen Entwicklung Amerikas ist es wichtig, zunächst einmal einen Blick auf die *Roosevelt-Legende* zu werfen. Die Idealisierung des Roosevelt-Regimes, die *nur* seine fortschrittlich-liberalen Züge betont (diese waren unbestreitbar vorhanden), vermittelt ein etwas einseitiges Bild. Es steht fest, daß Präsident Roosevelt zum Beispiel 1933 die Verankerung der Gewerkschaftsfreiheit in der Gesetzgebung ziemlich widerwillig befürwortete, und daß diese Errungenschaft hauptsächlich der Weltwirtschaftskrise und dem Drucke der kämpferischsten Sektoren des Proletariats und seiner Vertreter und Freunde zu verdanken war[3], daß der liberale Präsident sich später nicht scheute, arbeiterfeindliche Maßnahmen zu veranlassen (wie zum Beispiel juristisch zweifelhafte Prozesse gegen mehrere Gewerkschaftsaktivisten, die zu Gefängnisurteilen führten); daß in der «demokratischen» amerikanischen Armee des zweiten Weltkrieges die Farbigen streng von den Weißen abgesondert waren und daß das in den USA absolut gesetzwidrige polizeiliche Abhören von Telephongesprächen unter Roosevelt begann.

Wenn Roosevelt noch lebte und noch Präsident wäre (solche Wennüberlegungen sind im allgemeinen recht müßig), dann wäre seine Politik zwar vermutlich nicht haargenau die gleiche wie die Politik der Truman-Regierung, wäre ihr aber sehr viel ähnlicher als es die Truman-Gegner unter den Liberalen wahrhaben möchten.

*

Der amerikanische Kapitalismus lag 1933 in der Defensive. Er befindet sich heute in der Offensive. (Für wie lange, läßt sich kaum voraussagen.) Die kapitalistische Politik kann 1950 nicht mehr die gleiche sein wie 1933, ganz gleich, ob der Präsident Roosevelt oder Truman heißt.

Außerdem vermochte auch das liberale Roosevelt-Regime die *wirtschaftlichen* Probleme, mit denen es fertig werden wollte, nicht wirklich zu lösen. Die *amerikanische* Bourgeoise durfte es sich in einer kritischen Lage 1933 dank ihren Kraftreserven leisten, der Arbeiterklasse liberale Konzessionen einzuräumen («New Deal»). Die *deutsche* Bourgeoisie verfügte nicht über solche wirtschaftliche Kraftreserven und beschritt den Weg des Faschismus. Weder der mit demokratischen Methoden regierende Kapitalismus Amerikas noch der faschistische Kapitalismus Deutschlands brachten eine echte «Normali-

[3] Man lese in diesem Zusammenhange: «John L. Lewis» von S. Alinsky, P. Putnam's Sons, New York, 1949, besonders Seite 70 und 71. — Ein sehr nützliches Werk.

sierung» der Wirtschaft zustande; und für sie beide gab es keinen andern Ausweg aus ihren Wirtschaftsproblemen als Aufrüstung und Krieg.

Auch Trumans «Fair-Deal»-Regime hat nur *ein* wirksames Mittel gegen die drohenden Krisenzeichen gefunden: die gigantischste Aufrüstung...

Der moderne «New-Deal»- und «Fair-Deal»-Liberalismus kann genau so wenig einen «humanen», gegen Krisen und Kriege gefeiten, «fortschrittlichen» Kapitalismus schaffen wie der Altliberalismus, wenn sich auch die soziale Situation des amerikanischen Industriearbeiters durch die New-Deal-Zugeständnisse gebessert hat.

*

Niemand verkörpert die Illusionen, Irrtümer und das Schicksal des amerikanischen Liberalismus in ausgeprägterem Maße als Henry *Wallace* (obgleich sein *außenpolitischer* Kurs jahrelang von zahlreichen Liberalen abgelehnt wurde): In seiner Politik wird die ganze *Krise* des amerikanischen Liberalismus offenbar. (Wir sollten vielleicht lieber sagen: sein *Bankrott...)*

Wallace ist ein eifriger Rooseveltist, so eifrig, daß er fast rooseveltistischer ist als Roosevelt. Er war der Mann der «Wenn-Roosevelt-noch-lebte»-Leute, als er seine «dritte Partei» gründete, die «Unabhängige Fortschrittspartei». Wallace verficht ausdrücklich einen «fortschrittlichen Kapitalismus» und weist den Marxismus zurück. Er ist Anhänger eines kapitalistischen «Wohlfahrtsstaates». So weit unterschied er sich nicht von Präsident Truman oder Frau Roosevelt. Aber im Gegensatz zu diesen setzte er sich für eine Verständigung mit Rußland auf Grund eines Kompromisses und für die Liquidierung des «Kalten Krieges» ein, fügte aber — und das wurde damals nicht genügend beachtet! — gleich hinzu, sollte es trotz allem zu einem Kriege kommen, so werde er doch die Regierung unterstützen.

Nach Ausbruch des koreanischen Krieges hüllte sich Wallace zunächst in Schweigen, dann erklärte er am 15. Juli 1950 sein Einverständnis mit der amerikanischen Intervention. Am 8. August trat er aus der «Fortschrittspartei», deren Gründer und Führer er gewesen, aus[4]. Als er später dem eindeutig verfassungswidrigen McCarran-Kilgore-Gesetz zustimmte (dem «Gesetz zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit»), mußte es jedem endgültig klar werden, daß der Kapitalist Henry Wallace nicht gewillt war, in kritischen Momenten in einem andern Lager als dem seiner *Klasse* zu stehen.

Wundern konnten sich darüber nur die *Stalinisten,* die sich 1948 mit Wallace verbündet, ihn als den großen «Friedenskämpfer» hingestellt, die

---

[4] Während O. John *Rogge* von der «Fortschrittspartei» ein Gegner der heutigen US-Außenpolitik blieb, außerdem (im Gegensatz zu Wallace) Jugoslawien gegen die Stalinisten verteidigend dies weiter tut.

Schaffung einer wahren Arbeiterpartei abgelehnt und ihre Hoffnungen in die hybride «Fortschrittspartei» gesetzt hatten . . .

*

Das Trugbild eines «fortschrittlichen Kapitalismus» bedingt die innere Schwäche der liberalen Politik. Der Kapitalismus ist in unserer Zeit eine durchaus reaktionäre Macht. Wie reaktionär, das macht in der amerikanischen Innenpolitik seit einigen Jahren die kaum vorstellbare «Hexenjagd» gegen die Linke besonders deutlich und erschüttert die frühere Selbstsicherheit des «So etwas kann bei *uns* nicht vorkommen» vieler Liberalen, die damals zu vergessen schienen, daß die Verfolgung von Linkselementen, Polizeiwillkür und Justizmorde vor und nach dem ersten Weltkriege bereits wiederholt in Amerika vorgekommen waren.

Die hysterische Stimmung der amerikanischen Bourgeoisie, welche heute glaubt, ihre Klasseninteressen durch die Einführung von Polizeistaatmethoden sichern zu müssen, und daher eine offensive Taktik wählt[5], stellte die Liberalen vor die Wahl, ob sie sich vom Strome mitreißen und unter Verzicht auf ihre Rechtsstaatsgrundsätze die Solidarität mit ihrer Klasse allem andern vorangehen lassen — oder ob sie den Mut aufbringen wollten, konsequent für verfassungsmäßige Zustände sowie Fortschritte auf allen Gebieten einzutreten, auch wenn sie das bei der Klasse der Besitzenden unpopulär machen mußte.

Die Mehrheit der liberalen Politiker hat der Nachkriegspolitik des Besitzbürgertums ihre liberalen Grundsätze geopfert. Der Appell an das Klasseninteresse erwies sich stärker als die liberale Ideologie. Marxisten vermag dies nicht zu erstaunen. Was nach dieser ideologischen Entwicklung bei Liberalen in der Art von Truman, Lehman, Frau Roosevelt, Wallace, Ickes an Unterscheidungsmerkmalen gegenüber den Reaktionären übrigbleibt, ist — von der «Wohlfahrtsstaats»idee abgesehen — keine Frage der Prinzipien, sondern nur noch der Nuancen.

Die einen versuchen, gewisse Polizeistaatsmaßnahmen mehr oder weniger zu mildern und greifen die «*Extreme*» von Hexenjagd und Inquisition an, ohne das Prinzip an sich zu verurteilen. Andere Liberale wünschen dagegen zu beweisen, wie «patriotisch» sie sind, indem sie die Reaktionäre in der Erfindung von «Staatsschutz»verordnungen noch übertreffen.

---

[5] Die Stalinisten sprechen fälschlicherweise von «Faschismus». In Wirklichkeit handelt es sich bis jetzt keineswegs um Faschismus. Es liegen freiheitsbeschränkende Maßnahmen von oben vor, aber keine Sturmtruppsangriffe gegen Gewerkschaften oder dergleichen, und die organisierte Arbeiterschaft bleibt stark und unbesiegt.

Gerade Präsident Trumans «*Loyality Order*» (Treueverordnung) setzte die antirote «Hexenjagd» auf administrativem Gebiete überhaupt erst offiziell in Gang. Und der bis jetzt weitgehendste Ausdruck derselben im Gesetzeswesen, das *McCarran-Kilgore-Gesetz,* verdankt seine Entstehung einer Verschärfung der ursprünglichen Gesetzesvorlage der Reaktionäre *Mundt* und *Nixon* durch die «Fair-Deal»-Demokraten, die der von ihnen als unwirksam abgelehnten Registrierungspflicht für Kommunisten und prokommunistische Organisationen die Internierungsparagraphen hinzufügten. Truman beanstandete (wie Lehman) die Registrierungsvorschrift, ist indes (wie jener) mit den Internierungsbestimmungen einverstanden. (Der Kongreß überging sein Veto und nahm das Gesetz als *Ganzes* an.) Sogenannte Liberale haben also dafür gesorgt, daß im Falle eines «inneren Notstandes» — und einen solchen könnten der *Präsident* oder der *Kongreß* ja auch zum Beispiel im Falle eines wirtschaftswichtigen Streiks erklären — die Möglichkeit besteht, Tausende von «Verdächtigen» verhaften zu lassen, sie in Konzentrationslagern zu internieren und sie dort ohne Gerichtsverhandlung auf unbeschränkte Zeit festzuhalten. Selbst ein Bundesrichter könnte sie nach dem neuen Gesetz durch seinen Spruch nicht aus dieser Haft befreien!

Damit hat der amerikanische Liberalismus, der seinerzeit mit dem (heute 91jährigen) Philosophen und Erziehungsforscher *Dr. John Dewey* seine Höhe erreichte, als politische Kraft so gut wie abgewirtschaftet. Man verteidigt die Demokratie nicht, indem man sie abwürgt.

*

Nicht *alle* Liberalen glauben, daß die beste Methode zur Wahrung der bürgerlichen Interessen heute die Liquidierung wichtiger verfassungsmäßiger Freiheiten sei, kommen aber nicht gegen die Richtung Lehman auf. Hierzu gehören zum Beispiel Herausgeber bekannter liberaler Zeitungen. («New York Times», «Baltimore Sun», «Washington Post», «St. Louis Post-Dispatch». Ferner ist sogar die reaktionär-altliberale «Chicago Tribune» zu erwähnen.)

Jede Art freiheitsbedrohender, verfassungswidriger Gesetze, Verordnungen und Prozesse wurde von jeher durch die «American Civil Liberties Union» (Vereinigung für Bürgerfreiheiten) unter Roger *Baldwin* bekämpft. Baldwin und seine Oganisation haben sich nie gescheut, auch unpopuläre Minderheiten gegen Willkürakte der Bourgeoisie zu verteidigen.

Und doch ist selbst bei der Civil Liberties Union zurzeit ein gewisses Schwanken in Prinzipienfragen festzustellen — eine Tendenz, weniger die Inquisitionsmaßnahmen, die Gedankenschnüffelei in Behörden und Betrieben als solche anzugreifen, wie ihre Auswüchse und Härten.

Die Zeitschrift «*The Nation*» (Neuyork) ist (im Gegensatz zur Zeitschrift «*New Republic*») dem liberalen *Freiheitsgedanken* im wesentlichen treu geblieben, verhält sich oppositionll zur Regierungspolitik und zu den zwei bürgerlichen Parteien und steht zum Beispiel recht freundlich zum britischen Labourregime. Aber «The Nation» kann wohl kaum mehr als rein bürgerliches Blatt bezeichnet werden. Sie ist eher ein Bindeglied zwischen den noch verbleibenden freiheitsliebenden Liberalen und den Sozialdemokraten.

Der Kampf für die Freiheitsrechte des Individuums fällt heute hauptsächlich an die *Radikalen.* (So nennt man in den USA die außerhalb des bürgerlichen Lagers denkenden und wirkenden Elemente auf der Linken.)

*

Die herkömmliche Politik amerikanischer *Gewerkschaftsführer*, «arbeiterfreundliche» liberal-bürgerliche Politiker bei den Wahlen zu unterstützen, hat sich als gänzlich unzweckmäßig erwiesen. Nicht nur weil zum Beispiel die Demokratische Partei verschiedene liberale Kandidaten vor den Wahlen ausschaltete (Pepper in Florida, Taylor in Idaho, Chavez in New Mexiko usw.) und durch Reaktionäre ersetzte, und weil die Wahlen vom 7. November einen Ruck nach rechts, eine Niederlage vieler von den Gewerkschaften unterstützten Politiker und einen Sieg der Taft und Co. brachten; schon vorher hatte sich das von den Gewerkschaftsleitungen in die bürgerlich-liberalen Parlamentarier gesetzte Vertrauen wieder mehrmals als unbegründet herausgestellt: Die Fair-Deal-Männer vermochten nicht, die Aufhebung des *Taft-Hartley-Gesetzes* zu erreichen und sabotierten — man kann es nicht anders nennen — den Gesetzesvorschlag für die Gleichberechtigung der *Neger* bei der Vergebung von Arbeitsplätzen («FEPC-Bill»), der auf dem Papier einen wesentlichen Bestandteil des «Fair Deal» bildete[6]. Nicht nur sind die Liberalen nicht imstande gewesen, die Demokratische Partei zu erobern (oder zurückzuerobern); sie haben sich servil der reaktionären Welle gebeugt; und die Demokratische Partei befindet sich (nicht etwa nur im Süden) 1950 im Einklang mit den Polizeistaatstendenzen der Gesamtbourgeoisie. Die Liberalen wissen auch keine Antwort auf die Inflationsgefahr, die steigende Staatsschuld, die wirtschaftlich-sozialen Probleme der Stunde.

Erst wenn die 16 Millionen amerikanischer Gewerkschafter sich zur Schaffung einer eigenen politischen *Partei* der Arbeiterschaft entschließen, werden sie die kapitalistisch-reaktionären Kräfte mattsetzen und den heilsamen Einfluß auf die Geschicke des Landes ausüben können, zu welchem sie als die

---

[6] Wir konzentrieren uns bei dieser kurzen Betrachtung vor allem auf das Gebiet der Innenpolitik.

wirklichen Erzeuger seines Reichtums berechtigt sind. Dann werden sie bald auch die vielen Tausende mitreißen, die nicht wählen, weil sie sich abgeneigt zeigen, einer der bürgerlichen Parteien ihre Stimme zu geben. Die Zukunft der Vereinigten Staaten gehört nicht den von Panik erfaßten Liberalen, nicht den bornierten Reaktionären und nicht dem Faschismus, sondern den unbesiegten Werktätigen Amerikas.

HEINZ SCHMIDT

Ein Kommandoposten der Wirtschaft

In wirtschaftspolitischen Diskussionen gehen die Verfechter des liberalistischen Wirtschaftssystems — und das sind die maßgebenden Kreise — davon aus, daß nur die unbeschränkte Freiheit der schöpferischen Kraft des Menschen zur Entfaltung der Wirtschaft führen könne, der wirtschaftliche Erfolg bloß der persönlichen Initiative und Fähigkeit zu verdanken sei und der geschäftliche Gewinn einzig auf Grund der eigenen Verantwortung des Wirtschaftenden, des Unternehmers in Beachtung der Gesetze des Marktes erarbeitet werde. Noch heute spukt diese Vorstellung von einer Harmonie — einer Harmonie der Interessen, die sich bei freier Wirtschaft automatisch einstelle.

Diese Harmonie besteht heute nicht mehr. Auf die Strukturwandlung der freien Marktwirtschaft wollen wir hier nicht eingehen. An einem konkreten Beispiel soll jedoch gefragt und dargestellt werden, wie und wieweit in einem Trust die freie Entscheidung, die persönliche Initiative und das Können wirtschaftender Menschen sich zu entfalten vermögen. Wir beschränken uns auf den inneren Aufbau des Trusts, auf seine Leitung. Wir nehmen den Chemietrust E. I. du Pont de Nemours & Co. in Wilmington im Staate Delaware, Nordamerika, und stützen uns dabei vorwiegend auf das neueste Material, das der Aufsatz «The World of du Pont» in der dem Unternehmertum freundlich gesinnten amerikanischen Monatszeitschrift «Fortune» vom Oktober 1950 bietet.

Du Pont ist als Unternehmung 1802 gegründet worden. Es stellte während mehr als 100 Jahren fast ausschließlich Explosivstoffe her. Erst im ersten Weltkriege — bedingt durch die Aufhebung der Verbindung der USA und ihrer Wirtschaft mit der deutschen chemischen Industrie — griff das Unternehmen auf das eigentliche Gebiet der Chemie über. Heute ist du Pont die acht- und neuntgrößte Unternehmung der Vereinigten Staaten und das größte chemische Industriekombinat der Welt. Der Trust beschäftigte 1948 in über achtzig Fabrikationsanlagen fast 80 000 Arbeiter und Angestellte. Sein Umsatz hat 1949 die erste Milliarde Dollar überschritten. Hätte du Pont seinen Absatz nur in der Schweiz finden wollen, so hätte das Schweizervolk einen Viertel seines Einkommens des Jahres 1949 dafür hinlegen müssen. Der Reingewinn hat 1949 nach Abzug der Steuern (116 Millionen) rund 210 Millionen Dollar betragen. Allerdings ist darin der Ertrag der Beteiligung du Ponts am Automobilkonzern General Motors von 80 Millionen Dollar enthalten. Die mit 1750 Millionen Dollar für 1949 ausgewiesenen Aktiven entfallen zu 54 Prozent auf die chemischen Betriebe, zu 20 Prozent auf die Beteiligung